

FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN
Kölner Straße 34 · 51379 Leverkusen
Tel. 0214-2027792 · Fax: 0214-2027793
fraktion.buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de



An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Herrn Uwe Richrath
Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen
Gremien sowie die des Rates:

Der Rat der Stadt Leverkusen richtet zusammen mit der Verwaltung einen
Arbeitskreis ein, der unter Hinzuziehung der Polizei ein Konzept erarbeitet, wie
der immer stärker festzustellenden Zurückziehung des Staates/der Stadt aus
zentralen Bereichen der gesetzlich fundierten Ordnungserzwingung begegnet
werden kann, und so den Bürgern wieder glaubhaft vermittelt wird, dass u. a. die
niedrigen Aufklärungsquoten und die noch viel niedrigeren Verurteilungsquoten
- Durchschnitt deutschlandweit knapp 3 Prozent - bei Einbrüchen bald der
Vergangenheit angehören.

Begründung:

So wie zu allen wesentlichen Problemen unserer Stadt Arbeitskreise des
Rates/der Verwaltung - zusammen mit entsprechenden Fachleuten - Pläne
erarbeiten, um offenkundigen Fehlentwicklungen in unserer Staats-
/Stadtgemeinde zu begegnen, so ist es höchste Zeit, auch hier einmal für
Leverkusen eine Bestandaufnahme zu machen und Lösungsmöglichkeiten zu
erarbeiten.

Siehe hierzu auch das beiliegende Interview im Leverkusener Anzeiger vom 21.
Mai mit dem Gewaltforscher Prof. Jörg Baberowski, das unter dem Titel „Es
wird ungemütlich bei uns“ erschienen ist, und das einen weiteren wichtigen
Bereich des zunehmenden Gewaltverlustes des Staates aufgreift.

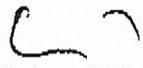
Da Anträge in den Bezirks- und Ratsgremien, die Polizeipräsenz in Leverkusen zu
erhöhen, verhallen oder schöngeredet werden, während die Unruhe in der
Bevölkerung überall deutlich zunimmt, scheint es wesentlich, dass sich der Rat
unserer Stadt hierzu umfassend informiert und versucht, dringend notwendige
Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Karl Schweiger

Peter Viertel

Barbara Trampenau

Leverkusen, den 22.5.2016


i.A. (Erhard T. Schoofs)

KSTA 23.5.16

Herr Baberowski, Sie sollen auf der phil. Kölner in einer Diskussion geäußert haben, ein Problem der Silvesternacht habe darin bestanden, dass deutsche Männer sich nicht mehr prügeln könnten.

Ich habe etwas anderes gesagt. Ich habe nicht von deutschen Männern, sondern von Männern in Deutschland gesprochen. Das ist etwas anderes. Ein Mann in Deutschland kann auch ein Einwanderer sein, der hier aufgewachsen ist. Ich wollte eigentlich nur sagen, dass sich Menschen in befriedeten Gesellschaften mit staatlichem Gewaltmonopol nicht mehr prügeln müssen, weil sie sich auf die Polizei verlassen können. Deshalb habe ich hinzugefügt: Gott sei Dank ist es auch so. Ich möchte nicht, dass Männer sich prügeln. Wir alle wollen das nicht.

Und wenn das staatliche Gewaltmonopol nicht greift?

Wenn der Staat sich aus zentralen Bereichen der Ordnungszwang zurückzieht, entsteht ein gewaltoffener Raum. Die Ereignisse in der Silvesternacht haben ge-

Am Ende gab es dennoch eine klare Botschaft, die die Täter verstanden haben

zeigt, was es bedeutet, wenn der Staat zwar präsent ist, aber keine Zähne mehr zeigt. Wir vertrauen den Institutionen des Staates. Wenn sie aber nicht tun, was wir von ihnen erwarten, sind wir verunsichert und wissen nicht, wie wir mit Gewalt umgehen sollen. In Russland vertraut kaum jemand dem Staat und seiner Polizei. Mit diesem Wissen kann man sich auf Gewalt anders einstellen.

Dort hätten sich die Männer vor die bedrängten Frauen gestellt?

Das ist ja auch passiert. Einige Wochen nach den Ereignissen in Köln gab es Übergriffe durch arabische Migranten in Malmö. Am Ende wurden die Angreifer von russischen Männern verprügelt. Niemand wartete auf den Staat, und am Ende gab es dennoch eine klare Botschaft, die die Täter verstanden haben.

Man löst seine Probleme dann also besser selber?

In Gesellschaften, in denen man der Polizei generell misstraut, müssen Menschen sich auf ihre eigenen Möglichkeiten beschränken. In anderen Ländern haben sich in

den sozialen Problemzonen vieler europäischer Städte Menschen darauf verständigt, für ihre Sicherheit selbst zu sorgen, weil der Staat dazu nicht mehr in der Lage ist. Am Ende sind die Schwachen die Opfer einer solchen Entstaatlichung der Ordnung. Das können wir nicht wirklich wollen. Deshalb ist die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols unverzichtbar. Der Staat muss es sich nun aber zurückerkämpfen. Die Selbstjustiz ist das Ende des Friedens und das Gesetz des Stärkeren. Niemand kann das wollen.

Wie würden Sie die Entwicklung beschreiben? Der Philosoph Norbert Elias würde das ja als Zivilisationsprozess ansehen.

Der Gewaltverzicht ist eine zivilisatorische Errungenschaft, an der ich gerne festhalten möchte. In Deutschland aber begreift inzwischen kaum noch jemand, dass diese Errungenschaft nur möglich war, weil der Staat den Frieden erzwingen konnte, weil er den öffentlichen Raum befriedete und Männer entwaffnet hat. Ich habe das Gefühl, dass der Staat zunehmend weniger in der Lage ist, diese Aufgaben wahrzunehmen. Dann kommt es zu Entzivilisierungsprozessen, wie man sie in den Großstädten in den USA und in manchen Vierteln europäischer Städte schon beobachten kann. Der Entzivilisierungsprozess begünstigt Gewalttäter, die die Macht erobern. Das dürfen wir einfach nicht akzeptieren.

Wie kommt es zu den Unterschieden der Gewaltanwendung von Männern? Weil diejenigen aus anderen Ländern härtere Lebensbedingungen kennen?

Zur Person

Jörg Baberowski ist Professor für Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin. Der 55-jährige hat sich in mehreren Beiträgen zur Flüchtlingskrise in Europa 2015 geäußert. Dabei kritisierte er vor allem die Politik Angela Merkels und eine einseitige Fokussierung auf die Willkommenskultur der deutschen Zivilgesellschaft. Aus diesem Grunde forderte er eine restriktivere Asylpolitik. Nicht jeder Einwanderer sei eine Bereicherung für Deutschland.

Der Historiker ist zudem ein schonungsloser Aufdecker des



Ein Staat darf sich mit einer Aufgabe nicht überfordern. Wer das Unmögliche will, wird das Mögliche nicht erreichen

Auch in Tunesien oder Marokko ist es verboten, Frauen auf der Straße auszurauben oder zu vergewaltigen. Die Täter wären von anderen Männern gelyncht oder ins Gefängnis gebracht worden. Hier aber geschah nichts dergleichen. Warum sollte man nicht tun, was offenbar niemand ahndet? Menschen, die aus einem autoritären Milieu kommen, machen von ihrer Freiheit anderen Gebrauch. Wir werden uns daran gewöhnen müssen, Grenzen nicht nur zu ziehen, sondern die Übertretung von Gesetzen mit Strafen zu ahnden. Jeder Mensch kann begreifen, dass Gesetze gelten, wenn sie erzwungen werden. Leider haben sich manche Politiker und Journalisten in Deutschland lieber darauf verständigt zu schweigen oder die Realität auszublenden.

Gewalt hat immer etwas mit Macht zu tun. War das Übergreifen in der Silvesternacht eine Art Kriegsgeschehen von Männern, die sich sozial hier ausgegrenzt fühlen? Die Männer waren ja noch nicht

stalinistischen Terrorregimes. Seine Monographie zur Sowjetunion, 'Verbrannte Erde: Stalins Herrschaft der Gewalt', die im Verlag C.H. Beck erschienen ist, fand internationale Beachtung. Hierfür erhielt er den Preis der Leipziger Buchmesse in der Kategorie 'Sachbuch/Essayistik'.

In seiner Jugend war Baberowski Mitglied des kommunistischen Bundes Westdeutschlands und sammelte Geld für Pol Pot.

Zuletzt erschien von ihm 'Räume der Gewalt' im Verlag Suhrkamp (272 S., 19,99 Euro) (ksta)

lange hier. Und die Zustände, unter denen sie hier leben, sind wesentlich besser als in jenen Ländern, aus denen sie gekommen sind. Man sollte diese Täter jetzt nicht zu Opfern machen, sondern sie bestrafen, damit sie wissen, dass die Gesetze auch für sie gelten. Die meisten dieser männlichen Täter sind ungebildet, jung und aggressiv, sie wissen, dass sie Verlierer sind und auch Verlierer bleiben werden. Wer ein Niemand ist, kann durch Gewalt immerhin Aufmerksamkeit erregen und einen Machtgewinn erzielen, die Strafe für sich erheben, indem er anderen Angst macht. Sie können Männer demütigen, indem sie ihre Frauen erniedrigen. Für einen Augenblick haben sie das Gefühl, mächtig und wichtig zu sein.

Der Staat muss gewürdigt werden?

Die Freiheit muss verteidigt werden können. Der Staat muss Gewalt nicht nur androhen, sondern sie im Zweifelsfall auch durchsetzen. Wir müssen uns mit diesem Gedanken anfreunden, weil es in

Es gibt keine Flüchtlings-, sondern eine Staatskrise. Sie verunsichert zutiefst

Zukunft auch bei uns ungemütlich werden wird. Der Staat darf keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass er die Freiheit und die körperliche Unversehrtheit der Bürger schützen kann. Ordnungen erhalten sich nicht von selbst.

Das heißt, es dürfen nur so viele Flüchtlinge kommen, wie es die staatlichen Kapazitäten erlauben?

Ein Staat darf sich mit einer Aufgabe nicht überfordern. Wer das Unmögliche will, wird das Mögliche nicht erreichen: Wer erklärt, die Grenzen seien offen, und jeder, der wolle, könne auch kommen, handelt unverantwortlich. Wir wissen, dass wir nicht in jedem Jahr zwei Millionen Menschen aufnehmen können. Es ist im Interesse der Einwohner und im Interesse aller jene, die schon da sind, dass Einwanderung mit Augenmaß gesteuert wird. Leider ist das Gegenteil geschehen. Der Staat verwaltet die Katastrophe nur noch, aber er weiß nicht mehr, was er will. Es gibt keine Flüchtlings-, sondern eine Staatskrise. Sie verunsichert die Bürger zutiefst.

Das Gespräch führte Michael Hesse